

An das
Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
1010 Wien
Mit E-Mail:
begutachtung@bmbwf.gv.at

BJA - V (Verfassungsdienst)
verfassungsdienst@bka.gv.at

Mag. Dr. Brigitte WINDISCH
Sachbearbeiterin

brigitte.windisch@bka.gv.at
+43 1 531 15-203936
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte
unter Anführung der Geschäftszahl an
verfassungsdienst@bka.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: 2021-0.405.521

Ihr Zeichen: 2021-0.172.834

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird; Begutachtung; Stellungnahme

Zu dem übermittelten Gesetzesentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
wie folgt Stellung:

I. Legistische und sprachliche Bemerkungen

Allgemeines:

Zu legistischen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse

<https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html>¹ hingewiesen, unter der insbesondere

- die Legistischen Richtlinien 1990² (im Folgenden mit „LRL ...“ zitiert),
- die Richtlinien für die Verarbeitung und die Gestaltung von Rechtstexten (Layout-Richtlinien)³ und
- verschiedene, legistische Fragen betreffende Rundschreiben des Verfassungsdienstes zugänglich sind.

¹ Zur Aktivierung von Links (wie diesem) in PDF/A-Dokumenten vgl.
https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Link-Aktivierung_in_PDF/A-Dokumenten.

² <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:f4301575-c575-403b-9300-a7dc01ec1a51/legri1990.pdf>

³ https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout_richtlinien.doc

Allgemeines zu den Novellierungsanordnungen:

Da das Schülerbeihilfengesetz 1983 mehrere Artikel umfasst, wäre bei den Novellierungsanordnungen zu Z 1 bis 23 zu ergänzen, dass sich die in Aussicht genommenen Änderungen auf Art. II beziehen.

Zu Z 10 (§ 12 Abs. 6 erster Satz):

Die Absatzbezeichnung „(6)“ ist nicht Teil des ersten Satzes. Der Einleitungsteil des Satzes wäre (folglich) als bloßer Satz (Formatvorlage 23_Satz_(nach_Novao) zu formatieren. Weiters sollte vor den Worten „der Bemessungsgrundlage“ keine Leerzeile gesetzt werden.

Zu Z 11 (§ 12 Abs. 7):

Es hätte „gemäß § 55a des Ehegesetzes“ zu lauten (LRL 136).

II. Zu den Materialien

Zur Wirkungsorientierten Folgenabschätzung:

Der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung ist zu entnehmen, dass das Vorhaben bezüglich der Erhöhung von Schülerbeihilfen dem Wirkungsziel „Verbesserung der Bedarfsorientierung sowie der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit im Bildungswesen“ beitrage. – In den „Auswirkungen“ wird (nur) die Wirkungsdimension „Gleichstellung von Frauen und Männern“ angegeben, zu der keine Ausführungen zur Geschlechterrepräsentation angeführt sind (siehe die bezüglichlichen Wesentlichkeitskriterien gemäß der Anlage 1 zu § 6 Abs. 1 der WFA-Grundsatz-Verordnung – WFA-GV, BGBl. II Nr. 489/2012). Es wird die Prüfung angeregt, ob auch wesentliche Auswirkungen in anderen Wirkungsdimensionen, wie insbesondere „Soziales“ oder „Kinder und Jugend“, in Betracht kommen (siehe Anlage 1 zu § 6 Abs. 1 leg. cit.).

Zum Allgemeinen Teil der Erläuterungen:

Im Allgemeinen Teil der Erläuterungen ist anzugeben, worauf sich die Zuständigkeit des Bundes zur Erlassung der vorgeschlagenen Neu 2 sollten seiner Regelungen gründet

(Punkt 94 der [Legistischen Richtlinien 1979](#))⁴. Dabei ist auch der Wortlaut des in Anspruch genommenen Kompetenztatbestandes zu nennen (vgl. Punkt 94 der Legistischen Richtlinien 1979).

Zum Besonderen Teil der Erläuterungen:

Zu Z 2 bis Z 7:

Mit Berichtigung von Schreibversehen müsste es beispielsweise lauten: „[...] Fahrtkostenbeihilfe sowie der Erhöhungsbeträge erfolgt jeweils im Hinblick auf die im Allgemeinen Teil ~~der Erläuterungen~~ angeführte Zielsetzung.“

Zu Z 11:

Zum ersten Satz: Bei Berichtigung eines Schreibversehens müsste der erste Nebensatz beispielsweise lauten: „ [...], die ~~für die~~ rechtsverbindlich sein müssen, um ihre Durchsetzbarkeit [...]“.

Zum zweiten Satz: Ein Schreibversehen wäre zu berichtigen: „Dabei wird beispielhaft auf eine Vereinbarung [...] hingewiesen.“

Zur Textgegenüberstellung:

In der vorgeschlagenen Fassung scheint bei § 9 Abs. 1a der Betrag „1 243 Euro“ auf, während die bezügliche Novellierungsanordnung „1 244 Euro“ vorsieht (siehe Z 2).

In der vorgeschlagenen Fassung scheint bei § 12 Abs. 1 erster Satz als zumutbare Unterhaltsleistung [...] der Betrag „6 869 Euro“ auf, während die bezügliche Novellierungsanordnung „6 896 Euro“ vorsieht (siehe Z 10).

⁴ https://www.bka.gv.at/dam/jcr:edcd2c86-4840-4664-9449-8cc7dcdd0721/legistische_richtlinien_1979.docx

Diese Stellungnahme wird im Sinne der Entschließung des Nationalrates vom 6. Juli 1961 auch dem Präsidium des Nationalrates zur Kenntnis gebracht.

Wien, am 12. Juli 2021

Für die Bundesministerin für EU und Verfassung:

Mag. Dr. Albert POSCH, LL.M.

Elektronisch gefertigt